

Frau Landrätin
Marion Dammann
Palmstr. 3
79539 Lörrach

28. April 2015

Per Email übermittelt

<p>Gemeinsamer Antrag von BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN, SPD, CDU und FDP</p>
--

Kommunale Daseinsvorsorge nicht durch Freihandelsabkommen gefährden

Der Kreistag möge folgende Resolution beschließen:

Der Kreistag des Landkreises Lörrach appelliert an

die Kommission der Europäischen Union,

das Parlament der Europäischen Union,

die Bundesregierung,

die Landesregierung von Baden-Württemberg,

sich im Zuge der Verhandlungen um das Transatlantische Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) und das internationale Dienstleistungsabkommens "Trade in Services Agreement" (TISA) sowie auch beim bereits verhandelten Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) uneingeschränkt für die kommunale Selbstverwaltung, den Schutz und Fortbestand der kommunalen Daseinsvorsorge und der kommunalen Kultur- und Bildungspolitik einzusetzen.

Der Kreistag Lörrach schließt sich dem gemeinsamen Positionspapier der kommunalen Spitzenverbände und dem Verband kommunaler Unternehmen vom Oktober 2014 zu Internationalen Handelsabkommen und kommunalen Dienstleistungen an.

Die Landrätin wird beauftragt, sich im Deutschen Landkreistag sowie in anderen Spitzengremien entsprechend des Positionspapiers zu äußern und in allen zur Verfügung stehenden Gremien für einen wirksamen Schutz und eine Förderung der Daseinsvorsorge und der öffentlichen Beschaffung im Sinne einer kommunalen Selbstverwaltung einzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen,

Heike Hauk, Bündnis90/Die Grünen

Klaus Eberhardt, SPD

Paul Renz, CDU

Wolfgang Roth-Greiner, FDP

Anlage: Gemeinsames Positionspapier zu internationalen Handelsabkommen und kommunalen Dienstleistungen der kommunalen Spitzenverbände und des Verbandes kommunaler Unternehmen.

(CC an Fraktionsvorsitzende und Presse)